

Krise? Wessen Krise?

Auswirkungen der aktuellen Wirtschaftskrise auf Singapur

Die aktuelle Weltwirtschaftskrise hat auch Singapur¹ nicht verschont. Die makroökonomischen Daten vermitteln für den Zeitraum Ende 2008 bis Sommer 2009 den Eindruck einer schweren Krise, wie sie der Stadtstaat in seiner mehr als 40-jährigen Geschichte als unabhängiger Staat nicht erlebt hat.

Rolf Jordan

Nach einer Phase hoher Wachstumsraten, die auf die kurze Rezession in Folge der Asienkrise Anfang des Jahrzehnts folgte, waren als unmittelbare Reaktion auf die im Spätsommer 2008 evident gewordene weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise auch in Singapur große Teile der Exportproduktion eingebrochen und die makroökonomischen Kennzahlen tendierten deutlich ins Negative.

Doch bereits im Juli 2009 vermeldete die Regierung Singapurs wieder ein deutliches Wachstum der Wirtschaft, nachdem für das zweite Quartal ein starker Anstieg der Wirtschaftsleistung verzeichnet werden konnte. Nach vier aufeinander folgenden Quartalen mit negativen Wachstumsraten errechneten Singapurs Wirtschaftsstatistiker nun eine Wachstumsrate von immerhin 20,4 Prozent für den Zeitraum April bis Juni 2009. Seither geht die Regierung davon aus, dass die bisher schwerste Rezession in der Geschichte Singapurs im Wesentlichen überwunden werden konnte und eine neue Wachstumsdynamik die Phase der Rezession ablösen wird.

Doch selbst angesichts eines solch imponierenden Wachstums, das sich, wenn auch in geringerem Maße, auch in den folgenden Quartalen abzeichnete, bleibt Singapurs Wirtschaft auch weiterhin von den krisenhaften Entwicklungen des Weltmarktes gekennzeichnet. Nach mehr als einem Jahr deutlicher Einbrüche der Wirtschaftsleistung sind die jüngsten Wachstumszahlen allenfalls ein Hoffungsstreifen am Horizont. Auch weiterhin zeigen zentrale Bereiche der Wirtschaft Anzeichen krisenhafter Entwicklung und die Folgen der jüngsten Rezession werden den Alltag für weite Teile der Bevölkerung auch in der Zukunft prägen.

Die Krise ...

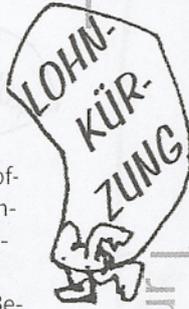
Im November 2008 warnte die *Monetary Authority of Singapore* (MAS), die als Zentralbank des Stadtstaates fungiert, vor den Gefahren einer anhaltenden Rezession, nachdem im dritten Quartal des Jahres ein deutlicher Rückgang der Wirtschaftsleistung um 6,8 Prozent zu verzeichnen war, denn bereits im zweiten Quartal war es in diesem Bereich zu einem Einbruch um 5,3 Prozent gekommen. Besonders die Exportwirtschaft, die zu diesem Zeitpunkt noch nahezu 70 Prozent des Bruttoinlandsproduktes des Stadtstaats ausmachte, war von der sinkenden Nachfrage nach Konsumgütern in Europa, Japan und den USA betroffen. So verzeichneten die Exporte allein im Oktober 2008 einen Rückgang um 15 Prozent und die gesamte Industrieproduktion schrumpfte in diesem Zeitraum um 13 Prozent.

Gemäß der gängigen Definition befand sich Singapurs Wirtschaft damit im Herbst 2008 in einer Rezession und die Tatsache, dass Singapurs Exportwirtschaft im besonderen Maße von den Entwicklungen des Weltmarktes abhängig ist, ließ die Folgen der aktuellen Wirtschaftskrise um so deutlicher zu Tage treten und Unternehmensgewinne ebenso zusammenschrumpfen wie die Zahl der Arbeitsplätze sowohl im Industriesektor als auch in der Dienstleistungsbranche. Die hohe Exportabhängigkeit des Stadtstaats trat damit als besonderes Handicap zu Tage und ließ Singapur nun im Vergleich zu seinen Nachbarn als schwächste Volkswirtschaft in der Krise erscheinen.²

Im vierten Quartal 2008 war die Entwicklung noch problematischer verlaufen als in den vorange-

Der Autor ist promovierter Politikwissenschaftler und arbeitet seit Jahren intensiv zu politischen und sozialen Entwicklungen in Südostasien.





gangenen Monaten. Der Rückgang der Wirtschaftsleistung war höher ausgefallen als jemals zuvor in den letzten dreißig Jahren, und zusammen mit Japan, Hongkong und anderen führenden Volkswirtschaften Ostasiens befand sich der Stadtstaat in einer immer schwereren Rezession. Vor allem die Industriegüterproduktion verzeichnete weitere Rückgänge und wichtige Unternehmen begannen bereits im großen Stil, Stellen abzubauen oder kündigten die Verlagerung von Produktionseinrichtungen an, sollte die Exportproduktion weiter zurückgehen. Im ersten Quartal 2009 verschlechterte sich die ökonomische Situation schließlich abermals. Mit einem Minus von 19,7 Prozent gegenüber dem vierten Quartal 2008 und immerhin 11,5 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum schrumpfte die Wirtschaftsleistung in den ersten drei Monaten 2009 noch stärker als bereits zuvor. Damit wies Singapur abermals eine deutlich schlechtere Entwicklung auf als andere Länder der Region. Weitere dramatische Rückgänge der für Singapur so bedeutenden Exportwirtschaft



zwangen die Regierung zu einer deutlichen Revision ihrer Wachstumsprognosen für das laufende Jahr. Ging man zuvor noch von einem Rückgang von maximal fünf Prozent aus, so kalkulierten die Prognosen nun ein Negativwachstum von sechs bis neun Prozent.

Vor dem Hintergrund dieser sich über vier Quartale immer mehr zuspitzenden Krise versprechen die positiveren Wachstumswahlen des zweiten Quartals 2009 die dringend notwendige Umkehr der Wirtschaftsentwicklung. Doch auch wenn jüngste Wirtschaftsdaten darauf hindeuten, dass sich Singapurs Wirtschaft nach mehr als einem Jahr Rezession längst wieder in einer Phase der Erholung befindet, so bleiben Zweifel an der Nachhaltigkeit dieser Entwicklung, zumal sich an der hohen Exportabhängigkeit des Stadtstaats nur wenig geändert hat und in den Zielländern dieser Exporte die Krise noch längst nicht als überwunden gilt.

... und die lokalspezifischen Grundlagen

Sinkende Exporte und der Rückgang der Industriegüterproduktion schlugen sich unmittelbar in einem Rückgang der Zahl neuer Stellenangebote auf dem Arbeitsmarkt nieder. Während im zweiten Quartal 2008 noch mehr als 71.000 offene Stellen zur Verfügung standen, sank diese Zahl im darauf folgenden Quartal bereits auf weniger als 58.000, wie offizielle Statistiken zeigten – die geringste Zahl offener Stellen seit Anfang 2007. Gleichzeitig verzeichneten die Statistiken in dieser frühen Phase der Krise etwa 2.000

Arbeitsplätze, die abgebaut wurden, davon etwa 1.500 im von der Krise besonders betroffenen verarbeitenden Gewerbe. In den folgenden Monaten verschlechterte sich die Arbeitsmarktsituation weiter und im vierten Quartal 2008 verloren noch einmal mehr als 8.000 Beschäftigte ihre Stellen oder waren unmittelbar von Entlassung bedroht. Das waren bereits zehn Prozent mehr als in den zurückliegenden neun Monaten zusammen, als insgesamt 7.400 Beschäftigte ihre Arbeit verloren hatten.

Während andere makroökonomische Daten im zweiten Quartal 2009 erste Anzeichen einer wirtschaftlichen Erholung zeigten, blieb der Arbeitsmarkt auch in dieser Phase weiter angespannt. Mitte 2009 war die Beschäftigungszahl im Dienstleistungssektor, einem der für den Arbeitsmarkt wichtigsten Sektoren, bereits seit drei Quartalen kontinuierlich gesunken. Auch die umfangreichen Maßnahmen der Regierung zur Stützung der Konjunktur änderten an dieser angespannten Arbeitsmarktsituation nur wenig. Vielmehr war auch im zweiten Quartal 2009 die Zahl der Beschäftigten in Folge der anhaltenden Krise um mehr als 12.000 gesunken.

Nur wenige Wochen, nachdem die aktuelle Finanzkrise sich zu einer schweren Wirtschaftskrise entwickelte und globale Kapitalströme ebenso ins Stocken gerieten wie weltweite Warenströme, begann die Regierung Singapurs damit, Maßnahmen zur Eindämmung der unmittelbaren Krisenfolgen zu ergreifen. Am 16. Oktober gaben das Finanzministerium und die MAS in einer gemeinsamen Erklärung bekannt, etwa 150 Milliarden Singapur-Dollar (etwa 75 Milliarden Euro) zur Absicherung aller Bankeinlagen in Singapur bereitzustellen. Und im Dezember 2008 ergriff die Regierung dann erste Maßnahme zur Stabilisierung der Beschäftigung, nachdem deutliche Exportrückgänge zu ersten Entlassungen geführt hatten.

Zur Stützung der von der weltweiten Krise betroffenen Wirtschaft stellte die Regierung insgesamt 20,5 Milliarden Singapur-Dollar (etwa elf Milliarden Euro) zur Verfügung – mit etwa acht Prozent des jährlichen Bruttoinlandsprodukts das größte Stabilisierungspaket aller Länder der asiatisch-pazifischen Region. Die im Rahmen des Pakets budgetierten Finanzmittel sollten dabei sowohl der Sicherung von Arbeitsplätzen als auch der Ankurbelung der von der Krise besonders betroffenen Finanzwirtschaft dienen. Neben der Senkung der Unternehmenssteuern beinhaltete das Paket Mittel im Umfang von 5,1 Milliarden Singapur-Dollar zur Beschäftigungssicherung sowie 2,6 Milliarden Singapur-Dollar zur Unterstützung einkommensschwacher Familien. Weitere 2,6 Milliarden Singapur-Dollar



singapur

KONKURRENZ-DRUCK

wurden für die Sicherstellung der Kapitalversorgung der Banken und Finanzunternehmen bereitgestellt, während 5,8 Milliarden Singapur-Dollar dazu bestimmt waren, die Versorgung von Unternehmen und Banken mit Krediten zu gewährleisten. Schließlich wurden 4,4 Milliarden Singapur-Dollar des Konjunkturpakets für Infrastrukturprojekte, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für von Entlassung bedrohte Beschäftigte sowie für die Verbesserung der Gesundheitsversorgung bereitgestellt.

Zur Finanzierung des umfangreichen Konjunkturpakets musste die Regierung zum Teil auf jene Währungsreserven zurückgreifen, deren Umfang bereits durch die hohen Verluste der staatlichen Holdinggesellschaften *GIC* und *Temasek* massiv geschmälert worden war. Etwa 4,9 Milliarden Singapur-Dollar sollten diesen Reserven entnommen werden, die in den vorangegangenen Jahren anhaltend hohen Wirtschaftswachstums angelegt wurden. Es ist das erste Mal in der Geschichte Singapurs, dass die Regierung zur Stützung der Wirtschaft auf diese Reserven zurückgreifen muss – und es machte dabei deutlich, wie ernst die aktuelle wirtschaftliche Lage von den politisch Verantwortlichen zu diesem Zeitpunkt eingeschätzt wurde.

Aber auch dieses umfangreiche Konjunkturpaket konnte nicht verhindern, dass eine große Zahl von Beschäftigten die negativen Auswirkungen der Krise zu spüren bekam und viele von ihnen ihre Jobs verloren. Und insgesamt stellen sich der Abbau von Stellen und der Verlust von Arbeitsplätzen aus Sicht vieler Menschen in Singapur als die wesentlichen Probleme der aktuellen Krise dar. Dies trifft auf niedrigqualifizierte Arbeiter in den unteren Beschäftigungssektoren ebenso zu wie auf hochqualifizierte Beschäftigte. Dabei häuften sich im Frühjahr 2009 Meldungen, dass besonders junge Hochschulabsolventen von der Krise betroffen waren und hier nahezu die Hälfte aller neuen Arbeitsverluste zu verzeichnen war – ein Trend, der bis in die Gegenwart anhält.

So ist den neusten Nachrichten vom Frühjahr dieses Jahres zu entnehmen, dass trotz allmählicher Verbesserung der wirtschaftlichen Entwicklung sich die Arbeitsmarktsituation hochqualifizierter Hochschulabsolventen in Singapur in den letzten Monaten nur wenig gebessert hat und eine »Karriere« als Taxifahrer für Menschen mit Hochschulabschluss auch im Stadtstaat immer öfter zu einer Alternative zur Arbeitslosigkeit wird.

Angesichts einer weiter wachsenden Zahl auch Hochqualifizierter aus dem Ausland haben einheimische Hochschulabsolventen immer öfter Schwierigkeiten, einen adäquaten Arbeitsplatz im Stadtstaat zu finden. Gleichzeitig wächst aber auch der Druck auf die Beschäftigten in Singapur, ihre Arbeitsmarktchancen durch Fort- und Weiter-

bildungsmaßnahmen zu verbessern. Mittlerweile besitzen zwei Drittel aller Beschäftigten einen Hochschulabschluss (27 Prozent) oder ein vergleichbares Diplom (39 Prozent) und ihre Zahl steigt weiter an.

Und so wächst der Konkurrenzdruck auf den Arbeitsmärkten für Hochqualifizierte stetig. Im letzten Jahr beantragten bereits 600 von ihnen eine Lizenz als Taxifahrer – ein Anstieg gegenüber 2003 um 23 Prozent.

Von den Arbeitsplatzverlusten waren jedoch nicht nur viele Singapurere betroffen. Besonders hoch war der Stellenabbau auch bei ausländischen Beschäftigten. Wie schon in den ökonomischen Krisen früherer Zeiten wurden auch diesmal zuerst ausländische Arbeitsmigranten entlassen, um die Folgen der Krise für einheimische Beschäftigte zu mildern. In der Phase der wirtschaftlichen Prosperität bis 2008 waren etwa 800.000 Arbeitsmigranten, zumeist niedrig qualifizierte Arbeitskräfte aus der asiatischen Region, auf Singapurs Baustellen und in den Exportindustrien des Landes beschäftigt. Bei anhaltender Beschäftigungskrise ist davon auszugehen, dass bis zu 200.000 ausländische Arbeitskräfte ihre Jobs verlieren werden und das Land verlassen müssen.

Die ausländischen Arbeitskräfte werden zumeist für einen festen Zeitraum eingestellt und mussten nun, nachdem sie entlassen wurden und keine Aussicht auf andere Beschäftigungsmöglichkeiten besteht, mit dem Ende ihrer Verträge das Land verlassen. In das Bewusstsein der Öffentlichkeit trat diese Problematik unter anderem im Februar 2009, als etwa 150 Arbeiter aus Bangladesch vor dem Arbeitsministerium protestierten, um auf ihre Situation aufmerksam zu machen. Die Protestierenden verlangten von den Singapur Behörden Unterstützung in ihrem Bemühen, ausstehende Löhne von ihren ehemaligen Arbeitgebern, mehreren Reedereiunternehmen, einzufordern und neue Beschäftigung im Stadtstaat zu finden. Vielen der betroffenen Arbeiter war eine zweijährige Beschäftigung mit einem monatlichen Mindestlohn von 400 Singapur-Dollar (etwa 200 Euro) versprochen worden. Doch nun, nach Ende ihrer Beschäftigung, fürchten viele von ihnen zu Recht, aus Singapur abgeschoben zu werden, bevor sie die noch ausstehenden Löhne von bis zu vier Monaten erhalten hätten. Nicht wenige der Arbeitsmigranten hatten in ihrer Heimat bis zu 7.000 Singapur-Dollar an Vermittler bezahlt, um einen der begehrten Jobs in Singapur zu bekommen und sich hierfür zum Teil hoch verschuldet.

Die Entlassung ausländischer Arbeitskräfte ist aber nur eine, wenn auch in der Hochphase der Rezession die wichtigste Maßnahme, mit der Unternehmen und Regierung auf die sich verschärfende Arbeitsmarktsituation zu reagieren versuchen.

Viele Unternehmen sind in der Krise bisher aber auch dazu übergegangen, die Produktion



zu drosseln, Arbeitszeiten zu verringern und Löhne und Gehälter zu kürzen. Vor allem viele der staatlich kontrollierten Großunternehmen scheuten davor zurück, durch Massenentlassungen der Krise zu begegnen. Zwar sind verlässliche Statistiken hierzu kaum vorhanden, doch gehen Schätzungen davon aus, dass bis zu zehn Prozent aller Beschäftigten Anfang 2009 von Arbeitszeitreduktion und Lohnkürzungen betroffen waren. Bisher fiel dadurch die Zahl der Arbeitslosen niedriger aus, als bei Ausbruch der Krise befürchtet. Doch es bleibt abzuwarten, ob die für 2010 prognostizierte Erholung der Wirtschaft zu einer Entlastung auf dem Arbeitsmarkt führen wird.

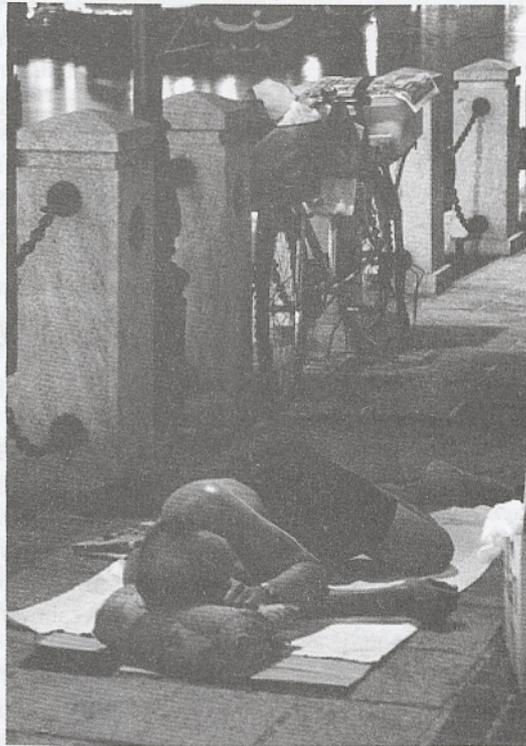
Verlierer und Gewinner der Krise

Aufgrund der sehr hohen Abhängigkeit der Wirtschaft Singapurs von Industriegüterexporten nach Japan, Westeuropa und in die USA sowie der engen Einbindung des Finanzsektors in die globale Finanzwirtschaft hat die jüngste Finanz- und Wirtschaftskrise die Wirtschaft des Stadtstaats in besonderer Weise geschwächt. Trotz eines umfangreichen Konjunkturpakets der Regierung sind viele Unternehmen in Singapur seit Ende 2008 gezwungen, Arbeitsplätze abzubauen oder Arbeitszeiten zu reduzieren und Löhne und Gehälter zu kürzen. Sowohl in der Industrie als auch im Banken- und Finanzdienstleistungssektor waren in den letzten Monaten Entlassungen zu verzeichnen und eine wachsende Zahl von Beschäftigten musste zuletzt deutliche Einkommensverluste hinnehmen. Während in der Krise auch viele Hochqualifizierte Probleme haben, eine Anstellung zu finden oder von Entlassung bedroht sind, sind ausländische Arbeitskräfte von der Rezession der letzten Monate besonders betroffen: Viele verloren bereits ihre Jobs und mussten das Land verlassen.

Insgesamt zeigt sich, dass vor allem untere Einkommensschichten und die große Zahl der im Stadtstaat beschäftigten Arbeitsmigranten zu den Verlierern der jüngsten Wirtschaftskrise zu zählen sind, aber auch eine nicht unerhebliche Zahl gut qualifizierter junger Menschen, die angesichts eines sich nur langsam erholenden Arbeitsmarktes kaum Chancen auf einen raschen Berufseinstieg haben. Dagegen hat sich die Situation für viele Unternehmen trotz

anhaltender Exportschwierigkeiten relativ rasch wieder verbessert und vor allem der Bereich der Finanzdienstleistungen verzeichnet seit Ende 2009 wieder ein deutliches Wachstum. Von den Maßnahmen der Regierung, die zur Stützung der Wirtschaft ergriffen wurden, haben aber auch viele Beschäftigten profitiert. Dank der Entlassung Tausender von Arbeitsmigranten fiel die Zahl der Entlassungen einheimischer Arbeitskräfte eher gering aus – geringer jedenfalls, als die dramatischen Exporteinbrüche Ende 2008 befürchten ließen.

Zu den Verlierern ist aber sicherlich auch die Bevölkerung des Stadtstaats insgesamt zu zählen. Durch enorme Verluste der beiden Staatsholdings *Temasek* und *GIC* gingen große Anteile der staatlichen Devisenreserven verloren, die ganz wesentlich auch zur Deckung der Alters- und Gesundheitsversorgung der Menschen gedacht waren. Gleichzeitig musste die Regierung zur Finanzierung ihres umfangreichen Konjunkturpaketes auf Gelder aus dem staatlichen Pensionsfonds CPF zurückgreifen. Ob das erneute Wachsen der Wirtschaft dazu beitragen kann, diese Verluste auszugleichen, wird die weitere Entwicklung zeigen müssen.



Was vom reichen Stadtstaat übrig bleibt.

Foto: R. Jordan

Eine ausführliche Fassung des Artikels mit Literaturangabe ist bald auf den **südostasien**-Seiten unserer Homepage unter <http://asienhaus.de/suedostasien-neu> zu finden

Anmerkungen

- 1) Die folgende Analyse basiert im Wesentlichen auf im Laufe der Krise publizierte Agenturmeldungen zur wirtschaftlichen Entwicklung Singapurs seit Ausbruch der aktuellen Finanzkrise. Die zugrunde liegende Berichterstattung fokussiert dabei sowohl auf makroökonomische Entwicklungen als auch auf kriseninduzierte Ereignisse in unterschiedlichen Bereichen der Wirtschaft und ihre Auswirkungen auf die Bevölkerung des Stadtstaates.
- 2) Bis zum Ausbruch der Krise betrug das Verhältnis der Exporte zum Bruttoinlandsprodukt Singapurs nicht weniger als 180 Prozent und überstieg den Durchschnitt der asiatischen Volkswirtschaften – der mit 60 bis 70 Prozent angegeben wird – um ein Vielfaches. Besonders zu den US-amerikanischen und den japanischen Märkten bestand eine sehr hohe Abhängigkeit.